A30

Antrag

Initiator*innen:

Titel: **Pflichtdienste ablehnen - Freiwilligendienste stärken!**

Antragstext

Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge beschließen:

1. Pflichtdienste? Nein danke.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein lehnt die Einführung verpflichtender sozialer oder gesellschaftlicher Dienste ab. Pflichtdienste greifen in die Lebensplanung junger Menschen ein, verschärfen soziale Ungleichheiten und ersetzen keine strukturellen Lösungen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht durch Zwang, sondern durch faire Bedingungen, die freiwilliges Engagement fördern. Für diese setzen wir uns konsequent ein.

1. Freiwilligkeit hat Vorrang

Frieden, Freiheit und Stabilität sind in Europa erschreckenderweise keine Selbstverständlichkeit mehr. Deutschland spürt schon heute die Bedrohung durch Desinformation, hybride Angriffe und internationale Krisen. Wir befinden uns in einer Situation, wie Sie vor zehn Jahren als undenkbar für uns gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund finden die Debatten um zusätzliche Mittel und zusätzliches Personal für die Bundeswehr statt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sieht die Notwendigkeit, die Bundeswehr personell zu stärken. Pflichtdienste greifen in die Lebensplanung junger Menschen ein, sind ein echter Eingriff in die freiheitlichen Grundrechte und können nur ein Mittel sein, wenn andere Schritte nicht zum Erfolg führen.

Wir sprechen uns dafür aus, auf Freiwilligkeit zu setzen und halten das Potenzial für nicht ausgeschöpft.

Das ist ein wesentlich angemesseneres Mittel, als junge Menschen zwangszuverpflichten.
Außerdem muss der Zugang zur Allgemeinen Grundausbildung leichter werden. Wir finden, dass Verteidigungsfähigkeit nicht allein bei sehr junge Männern liegen kann. Die Frage, ob wir – im Fall der hoffentlich nie eintritt – verteidigungsbereit sind, muss sich an mehr Menschen richten. Statt allein über die Wehrpflicht zu streiten, sollten wir all denen, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen, Angebote machen, z.B. eine Grundausbildung in flexibler Form auch für berufstätige Männer und Frauen.

Wenn die Stärkung der freiwilligen Angebote nicht die für die aktuelle Bedrohungslage notwendige Beteiligung bewirkt, muss diese Debatte erneut betrachtet und durchdacht werden, um einer realistischen Lösung für die verschärfte Sicherheitslage gerecht werden zu können.

Diese Ablehnung umfasst gleichermaßen die Wehrpflicht. Wir müssen anerkennen, dass sich die Sicherheitslage verschärft hat und die Bedrohungslage auf Weiteres hoch bleiben wird. Dies verlangt auch von uns Antworten zu liefern. Diese liegen jedoch nicht in staatlich angeordneten kurzzeitigen Dienstpflichten, sondern in Professionalität, Vorbereitung und freiwilliger Bereitschaft. Sicherheit verlangt funktionierende Strukturen, qualifizierte Kräfte und gute Rahmenbedingungen – nicht die pauschale Verfügbarkeit aller jungen Menschen. Angebote zur freiwilligen Vorbereitung auf Krisen- und Verteidigungsaufgaben sollen offenstehen und gestärkt werden, aber ohne Zwang und ohne Rückkehr zu Pflichtdiensten.

2. Freiwilligendienste stärken – als glaubwürdige Alternative

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzt sich für den strukturellen Ausbau und die faire Finanzierung von Freiwilligendiensten als echte Alternative zu sozialen und gesellschaftlichen Pflichtdiensten ein. Ziel ist ein Zugang für alle jungen Menschen, die Förderung von gesellschaftlichem Engagement sowie qualitativ hochwertige Rahmenbedingungen in den Diensten und bei den Trägern. Dazu gehört insbesondere:

- **Recht auf einen Freiwilligendienst ab 2030** für alle jungen Menschen – unabhängig von Elternhaus, Herkunft oder Trägerstruktur. Freiwilligkeit muss für alle ermöglicht werden.

- **Die Träger der Freiwilligendienste** sollen durch eine Erhöhung der Mittel entlastet werden.

- **Finanzielle Absicherung für Freiwillige:** Anhebung des Taschengeldes auf BAföG-Niveau, damit Teilnahme nicht von familiärer Unterstützung abhängt.

- **Anerkennung & Vergünstigungen:** Gleichstellung des Freiwilligenausweises mit Schüler*innen-, Azubi- und Studierendenausweisen. Perspektivisch sollen die ÖPNV-Vergünstigungen zu einem kostenlosen Zugang führen. Preiserhöhungen (z.B Deutschlandticket), sollen nicht weitergegeben werden. Freiwillige sollen vom Rundfunkbeitrag befreit werden und in staatlich getragenen bzw. -geförderten Einrichtungen freien Eintritt erhalten (z. B. Museen, Schwimmbäder).

- **Stabile Trägerstrukturen:** Dynamische Anpassung der Fördermittel an reale Kostensteigerungen (Personal, Energie, Seminare), um tarifgerechte Bezahlung sowie 25 Bildungstage in der nötigen Qualität dauerhaft sicherzustellen.

- **Partizipation stärken:** Institutionalisierte Mitbestimmung der Freiwilligen bei der Ausgestaltung von FSJ/FÖJ (Stimm- und Mitspracherechte der Freiwilligen bei ihren Einrichtungsstellen, Trägern und der gewählten Vertretung auf Landesebene). Die Arbeit der Sprecher*innen als gewählte Vertretung der Freiwilligen soll finanziell abgesichert werden.

- **Internationale Dimension sichern:** FÖJ international (Einsätze von und in SH) wird langfristig gesichert und ausgebaut, um Austausch, Weltoffenheit und interkulturelles Lernen zu stärken.

- **Information & Teilhabe sichern:** Flächendeckende Information über Freiwilligendienste spätestens im letzten Schuljahr sowie barrierefreie, divers gestaltete Beratungs- und Informationsangebote. Ebenfalls sollen alle jungen Menschen ab dem 18. Lebensjahr per Anschreiben über die Freiwilligendienste informiert werden.

- **Inklusion & Vielfalt stärken:** Zusätzliche Mittel für inklusive Zugänge, Barrierefreiheit und diversitätssensible Ansprache, damit Freiwilligendienste allen jungen Menschen mit ihren Bedürfnissen offenstehen.

- **Anerkennung:** Freiwilligendienste sollen auch in Bildung, Ausbildung und beruflicher Orientierung als qualifizierender Erfahrungsraum sichtbar gemacht werden – etwa durch die Anerkennung von erworbenen Kompetenzen, als Wahlpflichtmodule in Curricula und als Erfahrungszeiten in Bewerbungs- und Auswahlverfahren.